

Protokoll:

Rm Enger (Bündnis 90/Die Grünen) gibt nachfolgende Anregungen:

Nr. 7 Die Verwaltung solle hier aktiver werden. Sie schlägt einen Aushang vor.

Nr. 28 Die städtischen Ansprechpartner sollten genannt werden.

Zudem solle die Stadt selber einheitlich als Mieter auftreten, so wie es auch die Stadt Ludwigshafen praktiziere.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein nimmt hierzu Stellung

Nr. 7 Die Stadt werde einen Aushang an der Hochschule machen.

Nr. 28 Es gebe eine neue Auflage der Konzeption. Zudem seien die städtischen Ansprechpartner auf der Homepage genannt.

Die Stadt Ludwigshafen praktiziere ihr Modell erst seit 4 Monaten und ihr wurden 36 Wohnungen angeboten. Die Stadt Koblenz praktiziere ihr Verfahren schon seit längerem. Die Miete werde direkt an den Vermieter gezahlt und bei Bedarf werde auch eine Kautions gestellt. Insgesamt habe die Stadt 94 Wohnungsangebote erhalten. Dies spreche für das Koblenzer Modell.

Rm Hentschel (SPD) gibt nachfolgende Anregungen:

Nr. 40 Sie begrüßt, dass die Stadt die Kosten für die Versorgungen übernehme, diese könne allerdings nicht immer schnell genug erfolgen.

Nr. 13 Sie fragt, wie viele Inobhutnahmeplätze vorliegen.

Frau Unkelbach (50) erklärt, sie werde die Zahl nachreichen.

Nachtrag zum Protokoll:

Zurzeit sind in der Region 77 Inobhutnahmeplätze gemeldet. Das Jugendamt befindet sich derzeit noch in Gesprächen mit den freien Trägern. Das Landesjugendamt muss dann die erforderliche Betriebsgenehmigung erteilen.